



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/244 - 25. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	NATO-Führungsspitze? De Gaulle und die "Übereinstimmung mit Bonn"	65
3 - 4	Das Fein der Unkenntnis Berlin sollte gemeinsame Aufgabe sein Von Franz Barsig	64
5 - 6	Teuflischer Atomzyklus Schlechter Auftakt zur Genfer Konferenz	50
6	Um den Kopf Hellwoges Adenauers Hand in Hannover	22

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

NATO-Führungsspitze?

**G.M.** - Bereits seit einiger Zeit sind die Frankreich-Experten des Bonner Auswärtigen Amtes beunruhigt. Sie tappen im Dunkeln, weil sie keine Erklärung dafür haben, wie Ministerpräsident de Gaulle seine schon vor der Regierungsübernahme gemachte Ankündigung in die Tat umzusetzen gedenkt, Frankreich müsse wieder die Führungsrolle in Europa übernehmen. Die Unruhe ist dadurch gesteigert, daß der scheidende Pariser Botschafter der Deutschen Bundesrepublik, Herr von Maltzahn, nicht in jeder Periode der Entwicklung, die zur Regierungsübernahme de Gaulles führte, mit dem Bonner Auswärtigen Amt in der Beurteilung der Situation übereinstimmte und seine Berichterstattung infolgedessen nicht immer die notwendige Beachtung in Bonn fand.

Dr. Adenauer hatte geglaubt, die dadurch entstandene Ungewißheit über die Absichten de Gaulles durch das Gespräch mit dem französischen Staatschef beseitigen zu können. Aber die Zeiten sind längst vorbei, da das übliche Adenauer-Gerede von der "völligen Übereinstimmung" zwischen Paris und Bonn die Unruhe im Bonner Auswärtigen Amt beseitigen konnte. Seit Freitag dieser Woche weiß man es besser in Bonn. Paris will Bonn "überspielen" und der Bundesrepublik im Rahmen der NATO-Politik und der NATO-Strategie den Platz zuweisen, den die Anhänger de Gaulles bereits vor Jahren bei der bedingten Zustimmung zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands ihr zugedacht hatten. Die Forderung de Gaulles, eine ständige NATO-Führungsspitze ohne Bonn einzurichten, ist genau das, was man sich seinerzeit in Paris dachte, als man die Zustimmung zur Aufstellung deutscher Divisionen gab.

Schon bei den Auseinandersetzungen über die EVG in der Nationalversammlung - und später auch bei den Diskussionen über die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO - konnten sich die Anhänger der Aufrüstung der Bundesrepublik nur mit dem Hinweis darauf durchsetzen, es könne für Frankreich bzw. für Westeuropa nur von Vorteil sein, wenn im Ernstfall vor der französischen Armee einige gut ausgerüstete deutsche Divisionen stünden. Damals war bekanntlich ein großer Teil dieser französischen Armee bereits in Indochina und etwas später in Nordafrika engagiert. Diese Vorgänge gerieten inzwischen in Vergessenheit, zumal auch durch die Erneuerung Speidels im Führungsstab des NATO-Oberkommandos gewisse französische Vorbehalte auf Wunsch der Amerikaner verdeckt werden konnten. Von Speidel

Ist aber jetzt wieder die Rede. Es ist kein Geheimnis geblieben, daß hohe französische Offiziere dessen Ersetzung durch einen französischen General fordern.

Die Absicht de Gaulles, Frankreich die Führungsrolle in der europäischen Politik zu geben, kommt auch in dem wiederholt erklärten Willen zum Ausdruck, aus Frankreich eine Atommacht werden zu lassen. De Gaulle meinte kürzlich, Frankreich werde bei Abrüstungsverhandlungen mehr zu sagen haben, wenn es vorher atomar auferüstet sei.

Die kurze Zeit der Regierungstätigkeit de Gaulles ist voll von Überraschungen, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob Dr. Adenauer nach seinem Gespräch mit dem französischen Regierungschef wahrheitsgetreu berichtete, als er in Bonn davon sprach, dieser Mann sei ganz anders, als man ihn sich vorstelle. Oder hatte Adenauer "diesen Mann" nicht richtig verstanden?

Nun reist Herr Henry Spaak wieder durch die Lande, um das Auseinanderfallen des künstlich zusammengehaltenen NATO-Gefüges zu verhindern. Wieder hört man, daß es nur "völlige Übereinstimmung" gebe. Dabei weiß doch jeder, welches die inneren Konfliktstoffe der NATO-Partner sind. Das Verhältnis Griechenland-Großbritannien ist unklarer denn je. Die englisch-deutsche Position ist aus den verschiedensten Gründen einer schweren Belastung ausgesetzt. NATO-Partner Italien entwickelt eine hilfreiche Tätigkeit in Richtung auf die Herstellung besserer Beziehungen zur Vereinigten Arabischen Republik, und zwischen Bonn und Paris zeigt sich eine Unterschiedlichkeit in der Beurteilung der Situation, die nur noch durch nichtssagende Erklärungen überdeckt wird.

Die offizielle deutsche Außenpolitik sollte sich bemühen, alle diese Vorgänge genauer als bisher zu beachten, da sie sonst wirklich eines Tages dazu verurteilt sein könnte, nichts weiter zu tun, als die kleineuropäische Terminologie für die Aufstellung westdeutscher Divisionen unter fremdem Oberkommando zu liefern.

Das Nein der Unkenntnis

Von Franz Barsig

Die parlamentarische Demokratie in Bonn nimmt groteske Züge an. Das hat man teilweise bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrages erlebt, der ein Amt für innerdeutsche Regelungen verlangt. Ein noch schlechteres Schicksal aber wurde einem "Antrag" beschieden, den es noch gar nicht gibt und der das Ziel verfolgen sollte, die Hauptstadtfunktionen Berlins zu verstärken.

Richtig ist, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in dieser Richtung Überlegungen angestellt haben. Ein Arbeitskreis der Fraktion beauftragte diese Mitglieder, ihre Gedanken in die Form eines Antrages zu bringen, den man später, nicht nur im Rahmen der eigenen Fraktion, sondern auch mit den anderen Fraktionen des Hauses diskutieren wollte, bevor er offiziell im Bundestag eingebracht worden wäre. Durch eine Indiskretion, die nicht bei der SPD-Fraktion zu suchen ist, kam dieser Vorgang an die Öffentlichkeit. Das hat es in Bonn immer gegeben und das wird es in Bonn wahrscheinlich immer geben. Neu aber ist die Reaktion. Die CDU/CSU-Fraktion erklärte postwendend, sie werde diesen Antrag, der noch nicht einmal formuliert ist, ablehnen, die Bundesregierung gab im gleichen Sinne ebenso geschwollene wie feierliche Erklärungen ab; kurzum, man handelte nach dem Motto: "Ich kenne zwar nicht die Absichten, aber ich sage auf jeden Fall Nein".

Allein gegen dieser Stil muß man mit aller Schärfe Einspruch erheben, denn wenn es so weitergehen soll, dann kann man sich eines Tages den Bundestag gänzlich ersparen, dann wickelt sich alles nur noch auf der Ebene von Erklärungen und Ablehnungen ab. Demokratie ist nicht zuletzt auch ein ständiges Gespräch. Die Praxis der CDU, entweder Ausschußüberweisungen zu verweigern oder bereits abzulehnen, bevor Anträge noch formuliert sind, unterbricht das für die Demokratie lebensnotwendige Gespräch.

Soweit zur Form; nun zur Sache. Selbst nach diesem deprimierenden Vorspiel wird man nicht darauf verzichten können, sich weiterhin mit dem dringend notwendigen Thema zu befassen, wie man Berlin wirksam auf die Aufgabe vorbereiten kann, die künftige Hauptstadt nicht nur eines geeinten, sondern auch die tatsächliche Hauptstadt Deutschlands jetzt zu

25. Oktober 1958

sein. Diese Debatte ist nicht neu. Sie wurde schon im zweiten Deutschen Bundestag geführt. In der Drucksache 3116 sind einige konkrete Punkte enthalten, die der Deutsche Bundestag 1957 einstimmig beschlossen hat. Da steht beispielsweise, daß mit der Planung und Durchführung des Baues eines Parlamentsgebäudes in Berlin unverzüglich zu beginnen ist. Das Jahr 1958 neigt sich dem Ende zu und man muß sich fragen, was aus dem "unverzüglich" geworden ist. In der Ziffer 3 wird ebenso unverzüglich gefordert, daß die organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, daß Bundesministerien und weitere Dienststellen des Bundes nach Berlin verlegt werden sollen. Niemand kann doch bestreiten, daß in dieser Hinsicht das Bundeskartellamt und eine Gesundheitsbehörde sich ein wenig dürftig ausnehmen.

Ein Trauerspiel sondergleichen erlebte die Beschlußfassung zu Ziffer 3 e), die eine beschleunigte Wiederherstellung des Schlosses Bellevue verlangt. Es gibt manche, die es gering erachten, ob der Bundespräsident in Berlin einen festen Amtssitz hat oder nicht. Diese Leute sollten überlegen, daß es von großer Wichtigkeit ist, daß das Staatsoberhaupt in der wirklichen Hauptstadt Deutschlands nicht nur Besuche abstaten, sondern amtieren kann.

Alle diese Dinge sind heute offenbar vergessen und wenn sich eine Fraktion ihrer erinnert, dann glaubt man, ohne den Text eines Antrages zu kennen, sofort ein "Nein" in die Welt hinausschreien zu müssen. Es hätte diesen Keinsagern aus den Lagern der Koalition und der Regierung besser angestanden, wenn sie zunächst geschwiegen hätten, zumal es der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gar nicht darauf ankam, in dieser Frage einen Husarenritt zu vollführen, sondern Kontakt mit den anderen Fraktionen aufzunehmen, um schon im Vorfeld zu möglichst gemeinsamen Auffassungen zu kommen. Man redet heute so viel von Gemeinsamkeit. Berlin sollte eine gemeinsame Aufgabe sein. Diesen Bemühungen aber kann man nur schaden, wenn man aus Prinzip und Unkenntnis nur "Nein" zu sagen weiß.

+ + +

### Teuflischer Atomzyklus

ler - Die Genfer Konferenz, die am 31. Oktober beginnen und über eine kontrollierte Einstellung der nuklearen Testexplosionen beraten soll, steht unter keinen günstigen Vorzeichen. Frankreich hat erklärt, es werde sich an keine Vereinbarungen gebunden fühlen, die die derzeitigen Atomkräfte, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion über eine Einstellung der Versuchsexplosionen treffen mögen. Die ersten französischen Atombomben stehen knapp vor der Fertigstellung, es dürften nur noch Wochen vergehen, bis auch sie irgendwo in den Wüsten der Sahara oder auf den Weiten des Pazifiks ausprobiert werden. Frankreich hat viele Milliarden-Beträge dafür aufgewendet. Es will nun nicht auf die Dividende verzichten, die es als vierte Atommacht der Erde im weltpolitischen Spiel einzukassieren hofft.

Die Sicherheit der westlichen Welt - und was geschieht nicht alles in deren Namen - wird durch französische Atombomben nicht um einen Grad erhöht. Die bestehenden Atomwaffen-Vorräte der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, ohne die der Sowjetunion hinzugerechnet, reichen aus, um große Gebiete der bewohnten Erde in eine Wüstenai zu verwandeln und für die Überlebenden eine Hölle zu hinterlassen. Was will Frankreich durch den Besitz von eigenen Atombomben erreichen? Etwa größere Unabhängigkeit in seinen Beziehungen zu der Sowjetunion oder zu seinen mächtigeren westlichen Vertragspartnern? Oder will es gar seinen Anspruch auf eine Führerstellung im nichtkommunistischen Europa damit bekunden?

Die französische Ankündigung, an deren Verwirklichung wohl nicht mehr zu zweifeln ist, dient nicht der Erhaltung der Sicherheit, weder für Frankreich noch für seine Vertragspartner. Durch sein Beispiel hat Frankreich aneifernd auch auf andere Regierungen gewirkt, die nun mit gleichen Gründen ihre Völker zu bewegen versuchen werden, in der Produktion von Vernichtungswaffen das Heil ihrer Sicherheit zu suchen. Frankreichs Schritt ist dazu angetan, nicht nur die vorgesehene Genfer Konferenz über eine kontrollierte Einstellung der Atomwaffen-Explosionen zu torpedieren, es ist auch ein Schritt zur Anarchie hin. Die erste Explosion einer französischen Atombombe, ob sie nun über der Sahara oder über einsamen Inseln im pazifischen Ozean erfolgt, wird in der asiatisch-afrikanischen Welt größere Empörung, Zorn und Hass auslösen als die seinerzeitige Intervention an Suez oder die Landung britisch-amerikanischer